



Beschlussvorlage

		Vorlage-Nr. 15/2021	öffentlich
Federführung Bauordnungsamt	Sachbearbeiter/in von Dewitz, Carmen		Datum 07.01.2021
Beratungsfolge – Gremium Ausschuss für Planung, Umwelt und Verkehr	TOP 21/1/3	Sitzungstermin 27.01.2021	

Bezeichnung:

Stellplatzsatzung nach § 48 (3) BauO NRW für die Stadt Hürth

- ☒ Der Beschlussvorschlag hat keine unmittelbare Auswirkung auf den Haushaltsplan.
- ☐ Der Beschlussvorschlag führt zu Einnahmen.
- ☐ Die notwendigen Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.
- ☐ Die notwendigen Haushaltsmittel müssen über-/außerplanmäßig bereitgestellt werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung soll einen Entwurf einer Stellplatzsatzung nach § 48 (3) BauO NRW erstellen und dem PUV zur Beratung vorlegen.

Sachverhalt:

Gemäß § 48 (3) der Landesbauordnung (BauO NRW 2018) können die Gemeinden unter Berücksichtigung der örtlichen Verkehrsverhältnisse festlegen, ob und in welchem Umfang und in welcher Beschaffenheit bei der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von Anlagen, bei denen ein Zu- oder Abgangsverkehr zu erwarten ist, geeignete Garagen oder Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Fahrradabstellplätze errichtet werden müssen, um den Erfordernissen des ruhenden Verkehrs zu genügen.

Sie können dies in einer Satzung regeln.

Herr Andreas Falkowski (Zukunftsnetz Mobilität NRW, Mobilitätsmanagement, Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH) wird zu den Möglichkeiten einer Stellplatzsatzung im Ausschusstermin eine Einführung geben und für Fragen zur Verfügung stehen:

Die Stadt Hürth ist seit September 2020 Mitglied im Zukunftsnetz Mobilität NRW.

Ein gutes Beispiel für die Unterstützung, die eine Mitgliedskommune vom Zukunftsnetz Mobilität NRW erhalten kann, ist das Thema „Kommunale Stellplatzsatzungen“:

Aus der im Paragraph 48 der Bauordnung NRW (BauO NRW) neu gefassten Regelung für die Einrichtung von Stellplätzen erwachsen für die Kommunen sowohl Möglichkeiten, als auch – wenn sie sich für den Erlass einer Satzung entscheiden – Pflichten. So besteht die Chance, Einfluss auf die Ausgestaltung von Bauvorhaben sowie auf die städtebauliche und verkehrliche Entwicklung zu nehmen. Eigenen kommunalen Stellplatzsatzungen kommt dabei im Vergleich zu den landesweit einheitlichen Regelungen, die in der in Absatz 2 angekündigten, noch zu erstellenden Rechtsverordnung noch festzulegen sind, ein besonderer Stellenwert zu: sie ermöglichen es, die Stellplatzregelungen differenziert auf örtliche Gegebenheiten und kommunale Entwicklungsstrategien auszurichten. Die Stellplatzsatzung kann so als Baustein der kommunalen Verkehrsentwicklung und des Mobilitätsmanagements genutzt werden. Zugleich geht mit der neuen Satzungsermächtigung aber auch die Verantwortung einher, eigene Regelungen zu erstellen und in der Praxis anzuwenden.

Da diese weitreichende Änderung der Stellplatzregelung eine neue Herausforderung für viele Kommunen darstellt, hat das Zukunftsnetz Mobilität NRW bereits im Herbst 2016 mit einem ersten landesweiten Treffen von Fachexperten einen Prozess in Gang gesetzt, um gemeinsam mit dem Städtetag NRW, dem Landkreistag NRW, dem Städte- und Gemeindebund NRW, der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen e.V. (AGFS), und mit kommunalen Experten eine Musterstellplatzsatzung NRW sowie einen begleitenden Leitfaden zur Erstellung von Stellplatzsatzungen zu erarbeiten und so den Kommunen eine Hilfestellung zu bieten.

Anlage(n) Nein

Unterschrift des Bürgermeisters

Unterschrift Dezernent(in) / Amtsleiter(in) / Fachbereichsleiter(in)